

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe Nr. 21 März 2015

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

ein schöner Schlusspunkt in dieser Sitzungswoche: die Geschlechterquote für Aufsichtsräte wurde heute einstimmig (!) im Deutschen Bundestag beschlossen. 14 Jahre Freiwilligkeit haben nur wenig bewirkt – jetzt werden die großen Unternehmen im Land in die Pflicht genommen. Es ist ein Meilenstein für Frauen, der viele Mütter und auch einige Väter hat, die sich seit Jahren mit Mut, Ausdauer und Beharrlichkeit für die gleichberechtigte Teilhabe in unserem Land eingesetzt haben: Marie Juchacz, Sozialdemokratin, die 1919 nach der Erlangung des Frauenwahlrechts als eine von 37 Frauen in den ersten Reichstag der Weimarer Republik gewählt wurde und als erste Abgeordnete eine Rede vor einem deutschen Parlament hielt. Oder Elisabeth Selbert, ebenfalls Sozialdemokratin, eine der vier Mütter des Grundgesetzes, die quasi im Alleingang und gegen massive Widerstände den Art. 3 Abs. 2 GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durchgesetzt hat. Und viele mehr, die in den letzten Jahrzehnten die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern“ gefördert und auf die „Beseitigung bestehender Nachteile“ hingewirkt haben, wie es das Grundgesetz seit 1994 fordert.

So ist es nicht zufällig, dass gerade eine sozialdemokratische Familien- und Frauenministerin und ein

sozialdemokratischer Justizminister diesen Durchbruch geschafft haben.

Wie wichtig es für Unternehmen und Organisationen ist, dass die unterschiedlichen Erfahrungsperspektiven von Männern und Frauen zusammenkommen, habe ich selbst in meinen 17 Jahren als Geschäftsführerin und Vorstandsmitglied gemerkt. Mehr als 70 % der etwa 40.000 Beschäftigten in der württembergischen Diakonie sind Frauen. Doch auf der Leitungsebene und ebenso auf der Ebene der Aufsichtsgremien sind noch heute mehr als 80 % der Positionen von Männern besetzt. Es ist noch ein weiter Weg bis zur gleichberechtigten Teilhabe an Führung und Verantwortung. Darum ist der heutige Meilensteinbeschluss gleichzeitig ein Startschuss, weiter zu kämpfen für mehr Chancengleichheit auf allen Ebenen der Gesellschaft und für Entgeltgleichheit in allen Berufen. Damit die bestausgebildete Frauengeneration endlich den Stellenwert in unserer Gesellschaft bekommt, der ihr zusteht.

Nun freue ich mich auf die Woche im Wahlkreis und grüße Euch herzlich



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Keine Ausreden mehr!

Jetzt muss Verkehrsminister Dobrindt endlich die Mittel für den Weiterbau der B10 freigegeben. Denn zwischen den Koalitionsfraktionen wurde in dieser Woche vereinbart, die Investitionen in Verkehrswege und in die digitale Infrastruktur in der laufenden Legislaturperiode um 4,3 Milliarden Euro zu erhöhen und damit das Gesamtvolumen fast zu verdoppeln.

Bei einem Investitionspaket von diesem Umfang kann der Weiterbau der B10 mit der Ortsumfahrung

Gingen nicht an den drei Millionen Euro scheitern, die für die Brückenbauwerke bei der Ortsumfahrung noch in diesem Jahr benötigt werden. Verkehrsminister Dobrindt hat jetzt keine Ausrede mehr.

Außerdem freue ich mich auch über die Entlastungen für die Kommunen und den schnelleren Breitbandausbau, für die auch weitere Mittel bereitgestellt werden.



Internationale TTIP-Konferenz - bessere globale Standards durchsetzen



Stellten sich den Fragen des Publikums: Hubertus Heil, DIHK-Präsident Dr. Eric Schweitzer, EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Sigmar Gabriel, DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann und EU-Parlamentarier Bernd Lange

Mit über 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand die internationale TTIP-Konferenz im Willy-Brandt-Haus große Resonanz. Die Veranstaltung wurde live im Internet übertragen. Die Zuschauer konnten aus dem Plenum und von zu Hause aus Fragen stellen und taten das ausgiebig.

Dabei war insbesondere der Investorenschutz einer der Hauptkritikpunkte an den Handelsabkommen

TTIP und CETA. Sigmar Gabriel bekräftigte noch einmal, dass er alles dafür tun wolle, die Verfahren zur Schlichtung zwischen Staaten und Investoren zu modernisieren und auf festem rechtsstaatlichem Boden zu verankern. Sein Vorschlag ist, anstelle von privaten Schiedsgerichten öffentlich-rechtliche Handelsgerichtshöfe einzurichten. In der SPD werden wir uns weiterhin der kritischen Debatte stellen.



Unterwegs auf der Maut-Geisterbahn



Bild: Motivwagen beim Donzdorfer Umzug

Bei der Donzdorfer Fasnet kündigte sich's schon an: „Kommen Sie näher, kommen Sie ran, zu den Blut-saugern auf der Maut-Geisterbahn“ – und nun müssen wir im Bundestag tatsächlich darüber beraten. Die Gesetzentwürfe zur Einführung einer PKW-

Maut wurden vom Verkehrsminister Dobrindt eingebracht. Wir werden sie auf Herz und Nieren prüfen, ob die im Koalitionsvertrag vereinbarten Rahmenbedingungen (europarechtskonform, keine Mehrbelastung für Inländer, eingehalten werden.

Es ist kein Geheimnis, dass die PKW-Maut nicht zu unseren liebsten Projekten gehört. Doch wenn es tatsächlich gelingen sollte, damit mehr Geld für den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu erzielen, dann werden wir diesen Kompromiss im Interesse des Koalitionsfriedens mittragen.

Als SPD werden wir uns die Zeit für eine umfassende Debatte nehmen und sehr genau darauf achten, dass unsere Bürgerinnen und Bürger durch die Infrastrukturabgabe nicht höher belastet werden.



SPD steht für konsequente Frauenförderung

Sie haben das Potenzial und doch sind Frauen nur zu gut fünf Prozent in den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen vertreten, in den Aufsichtsräten stellen sie nur 18 Prozent der Mandate.



Bild: Praktikantin Kerstin Höfgen ist sich einig mit Heike Baehrens

66 Jahre nach der rechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern durch das Grundgesetz erreichen Frauen im Schnitt gleiche oder höhere Bildungsabschlüsse, Qualifikationen und Führungskompetenzen. Durch unser Eintreten für eine konsequente Frauenförderung, entgegen allen Widerständen aus der Union, haben wir Sozialdemokraten

nun den Weg frei gemacht, dass dieses Potenzial der Gesellschaft zu Gute kommen kann.

Daher wundert es mich nicht, dass von konservativer Seite auf einmal Gutachter aus dem Hut gezaubert werden, welche die Pläne von Familienministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas „verreißen“, wie es in der FAZ vom vergangenen Montag hieß. Zwei Juristen, drei Meinungen.

Die gesetzliche Regelung kommt aber nicht nur einer einzelnen Gruppe zu Gute. Dass starre Rollenbilder aufgebrochen werden, bedeutet mehr Freiheit und mehr Zeit für Frauen und Männer im Job und in der Familie.





Warum ich für die Verlängerung des Griechenland-Hilfspakets gestimmt habe

Gleich dreimal an einem Tag im Bild bei BILD und dann noch mit Namen und Mailadresse abgedruckt...Ja, ich stehe dazu: Ich habe der Verlängerung des Hilfspakets für Griechenland zugestimmt. Nach den schrillen Tönen des neuen griechischen Ministerpräsidenten Tsipras und seines Finanzministers Varoufakis ist es wohl niemandem im Deutschen Bundestag leicht gefallen, diesen Beschluss zu fassen. Doch was wäre eigentlich die Alternative gewesen? Was wäre gewesen, wenn nicht nur mein Wahlkreis kollege Färber und 28 weitere CDU/CSU-Abgeordnete dagegen gestimmt hätten sondern eine Mehrheit? Wer kann zum heutigen Zeitpunkt sagen, was ein Grexit bedeuten würde? Nur mit Agrarwirtschaft und Tourismus ist langfristig keine Volkswirtschaft überlebensfähig. Die Not in Griechenland ist heute schon groß.



Um ein Beispiel zu nennen: Das Gesundheitswesen ist zusammengebrochen. Gut 30 % der Griechen haben überhaupt keine Krankenversicherung mehr und auch für die Versicherten hat sich die Situation immer weiter verschlechtert. Im vergangenen Jahr wurden die für die Primärversorgung zuständigen 350 Polikliniken geschlossen. Von den 183 Krankenhäusern im Land wurden seit Beginn der Krise vor sieben Jahren etwa 100 geschlossen.

Ist es nicht fair, der gerade erst gewählten Regierung die Chance zu geben, erst einmal Fuß zu fassen? Sie haben zugesagt, Reformen anzugehen, die das Land wieder auf die Beine bringen. Dazu zählt

der Aufbau eines leistungsfähigen Steuersystems, das Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit schafft. Sie muss die Korruption bekämpfen und korrupten Politikern das Handwerk legen. Keine leichte Aufgabe! Denn zunächst muss die neue Regierung nach innen Vertrauen schaffen. Und sie muss mit ihren europäischen Partnern und den involvierten Institutionen gemeinsam Lösungen entwickeln. Und dazu braucht sie finanzpolitischen Spielraum, um die notwendigen Maßnahmen einführen und ihre Wirksamkeit unter Beweis stellen zu können.



Noch ist kein zusätzliches Geld aus EU-Kassen geflossen. Mit der Verlängerung des Hilfspakets reicht die europäische Union Griechenland lediglich die Hand zur weiteren Zusammenarbeit. Jetzt ist die griechische Regierung gefordert, den Schulterchluss zu suchen und zu politischer Verlässlichkeit und verantwortungsvoller Partnerschaft zurückzukehren. Denn nur so wird der Weg bereitet, um ggf. weitere notwendige Hilfspakete zu schnüren.

In Irland und Portugal können wir sehen, wie es gelingen kann, mit europäischer Hilfe wieder auf die Beine zu kommen. Dass dies auch für Griechenland gelingen möge, wünscht sich die große Mehrheit, die den Verlängerungsbeschluss gefasst hat. Und ich finde, die Debatte im Deutschen Bundestag hat gezeigt, wie wichtig und notwendig es ist, sich für das großartige Friedens-, Freiheits- und Wohlfahrtsprojekt EU einzusetzen, das einmalig ist auf der Welt.



Termine 08. März - 15. März 2015

Sonntag, 08. März, 18:30 Uhr

Festakt der efa Eislinger-frauen-aktion
zum 20 jährigen Jubiläum

20:00 Uhr

Die Gesetze zur Stärkung der Pflege
Berufsbildungswerk Schwarzenbruck

Montag, 09. März, 18:00 Uhr

Fraktion vor Ort mit Ute Vogt zum Thema
„Sterbehilfe“
Hospitalhof Stuttgart

Donnerstag, 12. März, 16:00 - 18:00 Uhr

Bürgersprechstunde
Heininger Rathaus

Dienstag, 10. März, 15:00 Uhr

AG 60plus Stuttgart "Pflegestärkungsgesetz"

19:00 Uhr

ASF-Veranstaltung zum Equal-Pay-Day
Stadthalle Eislingen

20:00 Uhr

Podiumsdiskussion "Kluges Handeln
in der Politik"
Evangelisches Gemeindehaus Bad Boll

Samstag, 14. März

SPD-Landesparteitag
Singen

Mittwoch, 11. März, 15:00 Uhr

Fraktion vor Ort -Für eine gute und
menschenswürdige Pflege
Pacelli Haus Erlangen

16. März 2015 - 29. März 2015

Sitzungswochen in Berlin

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb